



Beschluß des Studierendenparlaments vom 8. Mai 2014

I. Tätiges Erinnern ist demokratisches Verändern: „Im Dienst des Menschen“

Aufruf zur 14. Marathonlesung zur Erinnerung an die Bücherverbrennungen vor 81 Jahren

„German education shall be so controlled as completely to eliminate Nazi and militarist doctrines and to make possible the successful development of democratic ideas.“

Protokoll der Potsdamer Konferenz, 2. August 1945.

„In der ideellen Ebene ist sich die Kommission darüber einig, daß die Aufgabe der Hochschule zu sehen ist im Dienst am Menschen durch die in wissenschaftlicher Erforschung der Wirklichkeit zu gewinnende Lehre der Wahrheit. Die Kommission wünscht in dieser Formel sowohl die Verpflichtung der Hochschule gegenüber der Gesellschaft wie diejenige gegenüber der Wahrheit auszudrücken.“

Studienausschuss für Hochschulreform: Gutachten zur Hochschulreform. („Das blaue Gutachten“), Hamburg 1948.

Am 8. Mai vor 69 Jahren wurde Europa vom deutschen Faschismus und vom Krieg befreit. Im Potsdamer Abkommen wurden die Leitlinien und Grundsätze für ein neues Deutschland durch die Anti-Hitler-Koalition gefaßt: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung; die Beseitigung von Organisationen und Doktrinen des „Nationalsozialismus“ und des Militarismus; die Ausgrenzung von Nazi-Funktionären aus wichtigen Funktionen; die Bestrafung der Kriegsverbrecher; die Demokratisierung der Gesellschaft; die Beseitigung der Rüstungsindustrie; die Einschränkung und Kontrolle der Schwerindustrie und die Beseitigung von wirtschaftlichen Konzentrationen bzw. Monopolen.

Diese Grundsätze erhielten auch Eingang in den Neuaufbau des Bildungssystems. In der britischen Besatzungszone und besonders an der Universität Hamburg hat das „Blaue Gutachten“, erstellt im Auftrag der britischen Besatzungsmacht, in diesem Sinne gewirkt. Die Verfasser reflektierten kritisch die Mitverantwortung des Hochschulsystems an der Installation und brutalen Ausdehnung des „Dritten Reiches“. Elitarismus, Militarismus und Rassismus sollten hinkünftig ausgeschlossen werden. Bildung und Wissenschaft sollten „im Dienst des Menschen“ frei von staatlicher und ökonomischer Indienstnahme gedeihen, um einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung von Krieg, Diktatur und Ausbeutung weltweit leisten zu können. Die Universität solle dem Menschen dienen, daß er Mensch werde, sei und als solcher unter gleichen lebe. Dafür waren die soziale Öffnung der Hochschulen, ihre Demokratisierung, Bildung durch die Einheit von Lehre und Forschung, die Einführung von „general studies“ zur ethischen bzw. gesellschaftskritischen Bildung vorgesehen.

Unter dem Druck der Restauration der Adenauerzeit und der anti-egalitären Stimmungsmache der Systemkonfrontation wurden diese Grundsätze vorerst nicht konsequent verfolgt. Die studentische Bewegung der 1960er Jahre hat aber an diese befreiende Ambition angeknüpft. Die demokratischen Massenhochschulen sollen antifaschistisches, demokratisches Erbe und Potential für die erkenntnisgeleitete, kooperative Humanisierung der Welt sein.

Die Studierendenschaft der Universität Hamburg setzt sich im Zuge der aktuellen Novellierung des Hochschulgesetzes für die Neubelebung und Weiterentwicklung des antifaschistischen Erbes ein. Kernforderungen dafür sind soziale Öffnung, Demokratisierung, sozial-kritische Bildung und

Wissenschaft, dafür Freiheit von Restriktionen und Hierarchien sowie eine „Zivilklausel“, die die Hochschulen auf eine friedensbildende Funktion orientiert.

Teil dieses Engagements ist das Lernen aus der Erinnerung an Barbarei und Widerstand, auch an die Mitverantwortung der Studierendenschaft, die im Mai 1933 „reichsweit“ mit der Organisation und Durchführung der Bücherverbrennungen gegen als fortschrittlich und jüdisch verfemte Autoren ein Fanal für den kommenden Vernichtungskrieg setzte.

Das Studierendenparlament ruft deshalb alle Universitätsmitglieder auf, sich zu beteiligen an der:

14. Marathonlesung zur Erinnerung an die Bücherverbrennungen vor 81 Jahren

Donnerstag, 15. Mai 2014 – 11 Uhr bis 18 Uhr

Platz der Bücherverbrennung, Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße

II. Das Präsidium des Studierendenparlaments und der AStA werden gebeten, für eine Verbreitung dieses Aufrufs am Hauptcampus und an den Aussenstandorten der Universität und über die Homepage von Stupa und AStA Sorge zu tragen.

